

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. (Postzusatz für Monat Juni 3 Mark ohne Postzusatzgebühren. Einzelnummer 10 Pfennig)

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Reklamezeile 20 Pf., außerhalb 30 Pf., Oberzeile 30 Pf., usw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druckmaschinen: Nachrichten Dresden
Vertriebs- und Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachbestellungen: 20011

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Völsch & Reichardt in Dresden
Vollschied-Roma 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Beschleunigung des Abschlusses in Genf.

Briand erkrankt. — Das Ergebnis der Ministerbesprechungen in französischem Lichte.

Gegensätze über die Zollvorlage. — Die Linksanträge im sächsischen Landtage. — Englands Forderungen in Ägypten angenommen.

Abreise Briands heute abend?

Genf, 16. Juni. Die Unterredungen der Mächte der Völkervereinigung mit Deutschland werden am Donnerstag in Einzelunterredungen fortgesetzt werden. Der französische Außenminister Briand ist heute erkrankt, so daß, wie von der französischen Delegation verlautet, mit der Möglichkeit einer Abreise Briands noch vor Schluß der Tagung des Völkerbundesrates gerechnet werden müsse. Sollte tatsächlich Briand bereits am Donnerstag Genf verlassen, so würden die allgemeinen Besprechungen der Außenminister hierdurch eine Unterbrechung erfahren. Man rechnet damit, daß die Tagung des Völkerbundesrates am Freitag beendet werden kann.

Sauerwein meldet aus Genf, Briand werde unbedingt heute abend nach Paris zurückkehren.

Paris über die Ministerbesprechungen.

Paris, 16. Juni. Der offizielle „Petit Parisien“ faßt das Ergebnis der bisherigen Genfer Unterredungen dahin zusammen, daß die Heberprüfung der Verordnungsarbeiten an den Dispositionen durch alliierte Sachverständige geschehen werde, und daß sich Stresemann verpflichtet habe, auch den anderen Forderungen der Völkervereinigung Genüge zu leisten. Die Heberprüfung der Verordnungsarbeiten werde in einer Weise erfolgen, die möglichst wenig auffallen sei. Stresemann habe die Verpflichtung übernommen, daß die Gesetze über die Ausfuhr von Kriegsmaterial bald vom Parlament erledigt würden. In der Frage der Verminderung der Polizeikräfte und des Umbaus der Kasernen hätten die Alliierten das Versprechen abgegeben, daß niemand daran denke, die auf Grund des Dezember-Abkommens besetzte Kontrolle wieder herzustellen.

Marcel Ray entnimmt aus dem gestrigen Genfer Communiqué, daß Stresemanns Erklärungen und Besprechungen befriedigt haben. Alle Fragen hinsichtlich der noch ausstehenden Punkte der deutschen Abrüstung würden in einigen Tagen geregelt werden. Die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen werde auf gewöhnlichem diplomatischem Wege diskutiert werden, sobald die letzten Forderungen der Völkervereinigung erfüllt seien. Das Fehlen jeder Anspielung auf das russische Problem sei auf die Bedenken Jaleffs zurückzuführen; irgend etwas über diese Besprechungen zu veröffentlichen. Die Verhandlungen über die russische Frage würden in sehr diskreter Form fortgesetzt. Paul Boncour werde nach der Abreise Briands die Führung der französischen Völkervereinigung übernehmen.

Das Kompromiß über die Ostkontrolle.

Genf, 16. Juni. Von gut informierter alliierter Seite verlautet, daß über die Kontrolle der zerstörten Ostbesetzungen eine Einigung zwischen den Außenministern Eng-

lands, Frankreichs und Deutschlands dahin erzielt worden sei, daß diese Kontrolle einem neutralen Offizier übertragen werden soll. Die Persönlichkeit dieses militärischen Sachverständigen stehe noch nicht endgültig fest, doch soll eine Einigung hierüber kurz bevorstehen.

In der Frage der Beschränkung der Rheinlandtruppen sollen die Verhandlungen auf diplomatischem Wege nach der Rückkehr der deutschen Delegation von Berlin aus fortgeführt werden. Es handele sich lediglich noch um die Zahl der Truppen, um die die Besatzung vermindert werden solle, während über das Prinzip der Verminderung der Rheinlandtruppen grundsätzlich völlige Einigung bestehe.

Deutschland bleibt neutral im Rußlandkonflikt

Bekanntmachung über die Ostkontrolle.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 16. Juni. Die deutsche Regierung hält an ihrer Neutralität gegenüber dem Konflikt mit Rußland fest. Sie hat die russische Regierung fortgesetzt in objektiver Weise über die in Genf anzugehende Stimmung informiert, namentlich hinsichtlich der in Moskau stattgefundenen Verhandlungen, sowie einer eventuellen neuen ultimativen Note Rußlands an Polen. Es handelt sich dabei nicht etwa um einen Aufruf, den sie seitens der Alliierten übernommen hätte, sondern lediglich um einen Freundschaftsdienst, als solcher ist die Informierung in Berlin auch von russischer Seite anerkannt worden. Fragen der Vermittlung ist deutscherseits nicht übernommen worden. — Tschitscherin weist noch in Berlin, ebenso der deutsche Vizekonsul in Moskau, Graf Rankha u. Ueber die Kontrolle der Verordnungen der deutschen Dispositionen ist es ebenfalls zu einer Verständigung gekommen, die für beide Teile befriedigend angesehen wird.

Gänzlicher Bruch zwischen Frankreich und Rußland?

London, 16. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt guten Grund zu der Annahme zu haben, daß trotz Widerstandes Briands und gewisser französischer Vorkreise gegen einen vollständigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Moskau der gegenwärtig in Paris weilende französische Vizekonsul in Moskau, Herberich, nicht auf seinen Moskauer Posten zurückkehren würde und seine Geschäfte von einem Geschäftsträger verwalten werden würden. — Erwartet werde ferner, daß der Sowjetbotschafter in Paris, Rakowski, nicht mehr lange dort verbleiben werde. (Z. U.)

Ein finnischer Protest in Moskau.

Berlin, 16. Juni. Die finnische Regierung hat in Moskau Protest gegen die Erschießung des finnischen Staatsangehörigen Oberst Georg Elvengren eingelegt und Erklärungen verlangt. Elvengren befindet sich unter den Opfern der Erschießungen vom 9. Juni.

Der Mißtrauensantrag gegen Seldi abgelehnt.

Im Sächsischen Landtag wurden am heutigen Donnerstag der linkssozialistische Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Seldi und der kommunistische Antrag auf Auslösung des Landtages mit 49 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten außer den Linkssozialisten und Kommunisten auch die Nationalsozialisten.

(Der Landtagsbericht befindet sich auf Seite 8.)

Genfer weltpolitische Stimmungen.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

Genf, den 15. Juni.

In Genf regiert die Geheimdiplomatie. Bei der schwülen Temperatur, die über dem Genfer See liegt, und bei dem heißen Bemühen, alle Welt zur Ueberzeugung zu bringen, daß die unmittelbaren Probleme noch unmittelbarer werden müßten, ist es ohne weiteres verständlich, daß die Deffenlichkeit ausgeschlossen und die vornehm, geheimnisvolle Rühle des Hotelzimmers anfaucht wird. Nach den höchstförmlichen Versicherungen, die man im Frühling in etwa gleicher Form gehört hat, denkt jetzt wieder kein verantwortlicher Staatsmann der ganzen Welt an irgendein diplomatisches Arrangement gegen Rußland, — wenn man diesen Versicherungen glauben möchte, so handelte es sich lediglich um ein allgemeines Unbehagen gegen die Dritte Internationale, gegen deren Erbauungsversuche in Europa und anderswo. Wenn dem indessen genau so wäre, dann könnte kaum verstanden werden, daß dieser nächste Sachverhalt „das große Weltproblem“ darstellen sollte, dem sich alles zu beugen hat, alles von der Verifikation der deutschen Betonungen im Osten bis zum Rheinlandproblem, und man könnte auch nicht so recht mit befreitem Gemüte verstehen, warum sich dieses europäische Unbehagen gegen die Aktivität der Dritten Internationale praktisch einzig auf den rechtsrheinischen Vocarno-Gläubiger entladen sollte. Das braucht indessen immer noch lange nicht zu heißen, daß englische Konflikt mit Rußland, dem sich innerlich mindestens die Hälfte aller Staaten Europas auf Chamberlains Seite angeschlossen hat, vor allem Frankreich, dieser Konflikt werde von dem direkt Beteiligten wirklich als die schwere Sache ausgerufen, die hin und wieder mit größtem Pinfel dargestellt wird; sicher ist nur dies, daß die indirekten Nutznießer sie aus westeuropäisch-politischen Zwecken ins maßlose aufbauen, um die deutschen Fragen in den Hintergrund zu drängen. Es wird dabei nicht einmal in Erwägung gezogen, daß ein einigermassen nur im größten befriedigten Westeuropa an sich schon einen Stock gegen Rußland darstellte, wie er schöner nicht gewünscht werden könnte.

Wenn der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann wiederholt feststellen kann, daß kein einziger der mit ihm in Genf konferierenden Staatsmänner westliche Block- und östliche Entkreuzungsabsichten hege, dann muß man ihm ohne weiteres glauben; er muß es am nächsten und am besten wissen, wenn vieles davon nur Mache ist, Mache von höherer Zwecke willen. Ganz sicherlich sind — den vorliegenden Verhältnissen entsprechend — beiderseitiger Optimismus und leise Resignation an sich außerordentlich am Platze, denn mit hundertprozentiger Befriedigung ist noch niemand von Genf abgereist. Wenn es diesmal um 25 Prozentiger reicht, darf jedermann zufrieden sein. Gerade Deutschland ist ja auf die Unterordnung seiner Probleme unter die „weltpolitischen“ Frankreichs und Englands genügend vorbereitet worden.

Wenn wir von gekünstelter Aufbausung der russisch-englischen Spannung gesprochen haben, so ist lange nicht in erster Linie an England selber zu denken, wohl aber an Frankreich, das sich zum offensibaren Schmaroker am Unglück der letzten weltpolitischen Entwicklung zu entwickeln scheint. Von französischer Seite vor allem acht der Alarm aus, der die Wirkungen aus Vocarno untergräbt, während man von ihm tatsächlich trotzdem zugleich sagen kann, es betreibe keine aktive rußlandfeindliche Politik. England hinwiederum liegt augenblicklich jedenfalls weniger an einer Aufgabe der deutschen Neutralität, als an einer eventuellen Teilnahme Frankreichs in dieser Sache, so daß für Chamberlain absolut keine Notwendigkeit besteht, gegenüber Deutschland so weit aus sich herauszugehen, daß man dort die sowieso ein wenig unfreundliche Lage schärfer empfindet; er hält sich sogar außerordentlich zurück: Es muß ja in Deutschland das Bild entstehen, gegen Rußland sei keine Spur von feindlichem Arrangement im Werden begriffen. Ganz anders stellt sich das Problem für Frankreich, das ohne weiteste Spekulation nichts tut und alles Erfahbare in den vorbereitenden Dienst solcher Spekulationen stellt: also vor allem die deutschen Fragen. Die Abkühlung gegenüber Vocarno dattiert von

Der Rat zur Weltwirtschaftskonferenz.

Dr. Stresemann als Berichterstatter.

Der Entschließungsentwurf.
Genf, 16. Juni. Im Völkerbundesrat brachte heute Dr. Stresemann als Berichterstatter über die Weltwirtschaftskonferenz folgende Resolution ein:

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Weltwirtschaftskonferenz. Er spricht 1. herzlichsten Dank aus dem Präsidenten Theunis, den Mitgliedern und Sachverständigen, die an der Konferenz teilgenommen haben, wie allen Organisationen und Persönlichkeiten, die an ihrer Vorbereitung gearbeitet haben.

2. Der Rat ist der Ansicht, daß die Konferenz ihre Aufgabe vollkommen durchgeführt hat, die in der Aufstellung von Grundfragen und Empfehlungen bestand, wie am besten zu einer Verbesserung der Wirtschaftslage der Welt, besonders derjenigen Europas, beigetragen werden kann, womit zugleich die friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen gefördert werden.

3. Der Rat läßt daher alle Länder und Regierungen ein, diesen Grundfragen und Empfehlungen ihre größte Aufmerksamkeit und aktive Unterstützung zu gewähren, die zur Erleichterung ihrer Annahme und Durchführung erforderlich sind.

4. Der Rat behält sich zur Prüfung in seiner nächsten Tagung die Frage der Änderungen vor, die in bezug auf die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes im Hinblick auf die Ergebnisse der Konferenz wünschenswert erscheinen könnten, und läßt den Wirtschaftsausschuß ein, in der Zwischenzeit sich in außerordentlichem Maße zu vereinen, um möglichst bald in eine vorbereitende Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die auf Grund der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz mit Bezug auf Politik und besonders auf die Vereinfachung der Dokumentatur ergriffen werden sollen. (Z. U.)

Die armenische Frage vor dem Rat.

Genf, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Völkerbundesrates wurde u. a. die Frage der Aufstellung der armenischen Flüchtlinge behandelt, wobei Dr. Rauten einen Appell zur Beschaffung von Mitteln vortrug, um das andererseits unumgähliche Hilfsverbot durchzuführen.

Dr. Stresemann gab dazu eine Erklärung ab, wonach die Reichsregierung, die das Rautenwerk zur Schaffung von Heimstätten für die armenischen Flüchtlinge unterstützt habe, sich darüber freue, daß Rauten trotz der Schwierigkeiten die Hoffnung auf Erfolg nicht aufgabe. „Ich werde glücklich sein, wenn ein Vorschlag, der den effektiven Erfolg dieser verdienstlichen Arbeiten verbürgt, mich in die Lage versetzen würde, bei meiner Regierung eine weitere Unterstützung im Sinne des Appells zu beantragen, den Dr. Rauten an uns gerichtet hat.“

Ein Genfer Diner zu Ehren Deutschlands.

Genf, 16. Juni. Zu Ehren Deutschlands gab die Genfer Pressevereinigung am Mittwoch abend im Hotel Beau Rivage ein Diner unter dem Ehrenvorsitz Dr. Stresemanns. Der Präsident der Vereinigung begrüßte in einer kurzen Ansprache den Reichsaussenminister und betonte hierbei die hohe Bedeutung der Mitarbeit Deutschlands im Völkerbunde. Dr. Stresemann dankte in einer kurzen Erwidrerungsansprache und wies hierbei besonders auf die große Anerkennung hin, die Deutschlands Mitwirkung an den Arbeiten auf kulturellem Gebiet gefunden habe. An dem Essen nahmen die zahlreichen Persönlichkeiten der deutschen Delegation sowie zahlreiche in Genf anwesende Pressevertreter teil. (Z. U.)

Berlin, 16. Juni. Der päpstliche Nuntius, Kardinal Dr. Pacelli, hat sich zur Berichterstattung über den Stand der Konfessionsfrage nach Rom begeben.